

**Arbeit:  
Lebensbedürfnis  
und Zwang**  
Dossier ab Seite 25

**Arbeitslosigkeit:  
Mehr Arbeit für  
mehr Menschen**  
Forschung Seite 3

**Alternativen:  
Konkurrenz für  
Microsoft-Office**  
Technologie Seite 9

**Aufstieg:  
Die Mobilfunker  
suchen Verkäufer**  
Leben Seite 29

## Arbeit muss sich lohnen

Wer Arbeit hat, muss auch davon leben können. Klingt logisch, entspricht aber nicht der Realität. Denn prekäre Dienstverhältnisse und atypische Beschäftigungsformen schützen nicht vor Armut.

Astrid Kasperek

Atypische Beschäftigungen, prekäre Dienstverhältnisse, „Working Poor“ – das sind die Auswüchse des neoliberalen Arbeitsmarkts. Arbeit schützt seit Langem nicht vor Armut. Denn zehn bis 20 Stunden Arbeit pro Woche im Niedriglohnsektor reichen nicht aus, um Existenzen zu sichern. Das beweisen die rund 253.000 Menschen in Österreich, 7,9 Prozent aller Erwerbstätigen, die trotz Erwerbsarbeit nicht genug Geld zum Leben haben und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Laut Arbeiterkammer (AK) sind 15 Prozent der Sozialleistungsempfänger beschäftigt und voll sozialversichert. Doch ohne soziale Transferleistung kein Auskommen. Die Zahl der sogenannten „Working Poor“ (arbeitende Arme) steigt. „Die meist unqualifizierten Hilfsarbeitskräfte oder Alleinerzieherinnen kommen aus der Armutsfalle Teilzeitjob nicht mehr raus und landen nur allzu oft in Langzeitarbeitslosigkeit und völliger

Abhängigkeit von Sozialleistungen. Die Anreize zur Wiederaufnahme einer Arbeitsstelle fehlen völlig“, kritisiert Martin Schenk, Sozialexperte der Armutskonferenz. Sozialhilfeempfängern ist es nicht gestattet, neben dem Bezug von Sozialhilfe etwas dazuzuverdienen. Die Armutsfalle wird zusätzlich durch die Regressforderung der Sozialhilfe nach Aufnahme einer Tätigkeit verfestigt.

An mehr oder weniger sinnvollen Strategien gegen die zunehmende Verarmung der Beschäftigten im Niedriglohnsektor wird in der Politik gerübelt und gebastelt. Sozialminister Erwin Buchinger (SPÖ) sieht in einer Anhebung der Negativsteuer für Niedrigeinkommen einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung. Die Grünen können sich mit Buchingers Negativsteuervorschlägen anfreunden, fordern allerdings ein begleitendes Mindestlohngesetz, das einen verpflichtenden Mindestlohn festlegt. Im schwarzen Wirtschaftsministerium propagiert man ein Mo-

dell zur Subventionierung von Teilzeitarbeitsstellen als innovativen Schritt zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. „Kombilohn“ lautete das Zauberwort, mit dem im Vorjahr Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (ÖVP) unattraktive, weil schlecht bezahlte Jobs durch Lohnaufstockung bis 1000 Euro in begehrte Arbeitsstellen verwandeln wollte.

**Flop Kombilohn**

Zielgruppe des auf ein Jahr befristeten Modells waren Jugendliche und arbeitslose Menschen ab dem 45. Lebensjahr, die länger als ein Jahr beschäftigungslos waren. Sie erhielten 50 Prozent des Leistungsbezuges (Notstandshilfe) Förderung – bis zu einem Gesamteinkommen von 1000 Euro. Auch der Arbeitgeber erhielt einen staatlichen Zuschuss von 15 Prozent des Bruttolohns. Doch das Kombilohn-Modell erwies sich als Flop. Anstatt der von Bartenstein proklamierten 3000 bis 5000 Stellen wurden seit Inkrafttreten im Jänner 2006 ganze 364 Kombilohn-Arbeitsplätze gefördert. Im Wirtschaftsministerium denkt man trotz geringen Erfolges jedoch an eine Fortsetzung dieses „Pilotprojektes“. Die im Regierungsprogramm vorgeschriebene Evaluierung wird bis zum Sommer abgeschlossen sein. „Es ist schon klar, dass es Adaptierungen geben muss“, sagt eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums. Details wollte sie dazu nicht nennen. Aber es sei alles drinnen: von Ausweitung der Zielgruppe bis zur Erhöhung der Lohndeckelung auf 1300 Euro. Der Ball läge jetzt bei den Sozialpartnern. Sie sollen nun Vorschläge zur Verbesserung des Modells bringen, so das Wirtschaftsministerium.

Arbeiterkammer und Österreichischer Gewerkschafts-



bund (ÖGB) sprechen sich aber vehement gegen die Fortsetzung des Kombilohn-Modells aus. „Der Trend zur Teilzeitarbeit soll nicht auch noch durch öffentliche Gelder gefördert werden“, sagt AK-Arbeitsmarktexperte Gernot Mitter. Das Geld solle sinnvoller investiert werden, in Auffangnetze für Jugendliche, in Lehrlingsausbildung, um dem Facharbeitermangel entgegenzuarbeiten. „Die Regierung sollte den Fokus auf qualitative Ausbildung und Qualifizierung richten und nicht auf Förderung schlechter Jobs“, fordert Mitter. Auch der ÖGB wettet gegen eine Subventionierung von Teilzeitarbeitsstellen. „Es gibt bereits gut funktionierende Maßnahmen für diese Zielgruppen“, erklärt Richard Leutner, leitender Sekretär im ÖGB. Etablierte Fördermodel-

le für Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer, auch die Projekte der Sozialökonomie funktionieren gut. Auf Arbeitgeberseite wird die Eingliederungshilfe (Lohnnebenkostenzuschüsse) stark genutzt. „Das Kombilohn-Modell ist nicht sinnvoll. Wir wollen keine Niedriglohnjobs verankern, sondern Defizite bekämpfen“, lautet die ÖGB-Meinung.

Auch in der Wirtschaftskammer (WKO) gibt man zu, dass das Kombilohn-Projekt „nicht gerade gut gelaufen ist“, so die Worte Martin Gleitsmanns, Leiter der sozialpolitischen Abteilung. Das durch den Kombilohn aufgestockte Einkommen auf maximal 1000 Euro sei zu niedrig und dadurch für den Arbeitnehmer nicht attraktiv.

Fortsetzung auf Seite 2

### Vorwärts immer, rückwärts nimmer

Was ist Arbeit? Von ausbeuterischer Lohnarbeit bis zur persönlichen Selbstverwirklichung ist alles drin: Zwang, Zeitvertreib, Notwendigkeit. Die vorliegende Ausgabe ist ein Versuch, dem Facettenreichtum des Themas halbwegs gerecht zu werden. Durch das Ende des Industriezeitalters durchläuft der gesellschaftliche Stellenwert der Arbeit einen rapiden Veränderungsprozess. Vollbeschäftigung und sichere 40-Stunden-Jobs bis zur Pensionierung sind schon längst Auslaufmodelle, von Arbeit leben wird mehr und mehr zum seltenen Privileg. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik nehmen auf diesen

Paradigmenwechsel zu wenig Rücksicht. Am 1. Mai wird wieder ein Hoch auf die Arbeit erklingen. Politische Versprechen, sich um Jugendarbeitslosigkeit, Frauenbeschäftigung, Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, Probleme der atypisch Beschäftigten oder Menschen mit Migrationshintergrund zu kümmern, werden wieder als Lippenbekenntnisse enden. Es ist aber höchst an der Zeit, über Alternativen zu den von Politikern nach wie vor beworbenen Lohnarbeitsstellen nachzudenken, um eine völlige Verarmung der Gesellschaft zu verhindern.

Astrid Kasperek

